



Privatschulen – im Schatten grün-roter Bildungspolitik



Privatschulen – im Schatten grün-roter Bildungspolitik

Das Freie Schulwesen setzt sich aus Waldorfschulen, konfessionellen Schulen und privaten Trägern zusammen; knapp 10% der Schüler eines Jahrgangs besuchen Privatschulen; in den vergangenen Jahren ist die Anzahl deutlich gewachsen (v.a. GY und RS).

Probleme der Freien Schulen:

- Sie werden vom KM sowohl finanziell wie auch in der täglichen Verwaltungspraxis benachteiligt. Mit dem Finanzierungstrick der Pensionslastenbeteiligung wurde vordergründig die Landesförderung deutlich erhöht, zugleich auch eine Beteiligung der Freien Schulen an den Pensionslasten beurlaubter Beamter von 12.400 Euro/Jahr verankert.
- Beim Ausbau von GTS-Konzept, Schulsozialarbeit, Inklusion werden die Freien Schulen finanziell benachteiligt.
- Bei der Inklusion sind die Privatschulen nicht in der Bildungswegekonferenz beteiligt und somit nicht richtig einbezogen.
- Dem aktuellen Privatschulbericht des KM ist zu entnehmen:
 - Kostendeckungsgrad für die Gymnasien ist von 77,6% (Landtagsbericht 2012) auf 70,6% massiv eingebrochen – davon ist rd. die Hälfte aller Privatschüler an allgemeinbildenden Privatschulen betroffen!
 - Zum versprochenen Deckungsgrad von 80% fehlen lt. Privatschulbericht des Kultusministeriums 42 Mio. €; im Nachtragshaushalt sollen lediglich 17 Mio. € zusätzlich gegeben werden.
 - Ursache: G8, Absenkung des Klassenteilers, zusätzliche Poolstunden, Erhöhung der Leitungszeit, Schulsozialarbeit, GTS...
 - Die strukturelle Finanzierung der Freien Schulen hat sich trotz Erhöhung der absoluten Beträge insgesamt deutlich verschlechtert.

Die Regierungsfractionen verweigerten am 11.11.2015 den Vertretern der Privatschulen im Bildungsausschuss eine Stellungnahme, da sie kritische Rückmeldungen zu erwarten hatten.

Unsere Position: Es muss ein fairer Wettbewerb bestehen; Freie Schulen dürfen finanziell nicht benachteiligt oder ausgegrenzt sein. Die Schulverwaltung muss öffentliche und private Schulen gleich behandeln.

gez. Hartmann, 17. November 2015